



CHRISTOPH SCHLUPKOTHÉN
„Es sind mehr Bäder geöffnet als 2019.“ Seite C2

DÜSSELDORFER STADTPOST

WIRTSCHAFT
Was eine Abiturnote heute noch wert ist.
Seite C4

RHEINISCHE POST

Düsseldorf soll „Staatsanwalt vor Ort“ erhalten

Die Ankläger sollen dann für bestimmte Kriminalitätsschwerpunkte zuständig sein, etwa für die Altstadt. Doch hier gibt es eine Hürde.

VON VERENA KENSBOCK

DÜSSELDORF Das Projekt „Staatsanwalt vor Ort“ soll auch in Düsseldorf – insbesondere in der Altstadt – zum Einsatz kommen. Das heißt, eine feste Kontaktperson der Staatsanwaltschaft ist für einen bestimmten Kriminalitätsschwerpunkt zuständig. Die Fraktionen von CDU und Grünen im Landtag wollen einen gemeinsamen Antrag dazu in die Plenarsitzung am kommenden Mittwoch einbringen.

Das Konzept könnte die oftmals als zu langsam kritisierte Bearbeitung von Straftaten in dem Partyviertel verändern. In der Regel sind die Zuständigkeiten bei Staatsanwaltschaften nach den Nachnamen der Verdächtigen zugeteilt, von A bis Z. Bei dem NRW-weiten Projekt hingegen sind die Staatsanwälte für ein örtlich abgegrenztes Gebiet zuständig. In Brennpunkten wie der Altstadt könnte das von Vorteil sein.

Denn die „Staatsanwälte vor Ort“ bekommen so ein besonderes Verständnis für die Probleme und typischen Straftaten ihres Gebiets, also eine lokale Expertise, sagt Dagmar Hanes, Sprecherin für Jugendpolitik und Rechtspolitik der Grünen-Landtagsfraktion. Und so könnten sie eine „nachhaltigere Kriminalitätsbekämpfung“ vorantreiben, heißt es in dem Antrag. Zusammenhänge zwischen Taten und Täter ließen sich besser erkennen und kriminelle Karrieren früher identifizieren.

Polizei, Ordnungsamt und Gerichte hätten zudem einen festen Ansprechpartner in der Staatsanwaltschaft, der nur für die Altstadt zuständig ist. „Das Konzept hilft auch bei der engen Vernetzung von Strafverfolgungsbehörden“, sagt Hanes. Im Idealfall könnte der bes-



Volle Freitreppe und Polizei im Einsatz – ein typisches Bild für die Altstadt. Die Verfolgung von Straftaten soll hier neu strukturiert werden.

RP-FOTO: ANDREAS BRETZ

sere Austausch zwischen den Behörden auch dazu führen, dass in einigen Fällen gar kein Strafverfahren notwendig ist, sondern andere repressive und präventive Maßnahmen getroffen werden.

Angela Erwin, Düsseldorf CDU-Abgeordnete im Landtag, sieht das Projekt gar als Baustein für eine sicherere Innenstadt – neben Waffenverbotszone, gemeinsamer Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsdienst und stärkerer Beleuchtung. „Die Strafverfolgung bekommt so in Düsseldorf nicht nur ein Ge-

sicht, das nur für diesen Schwerpunkt der Altstadt zuständig ist“, sagt Erwin. „Vielmehr wird Strafverfolgung in unserer Altstadt effektiver.“ Es könne sogar helfen, langfristig auch Straftaten zu verhindern.

Das Projekt zur konzentrierten Strafverfolgung wurde von der nordrhein-westfälischen Justiz initiiert und wird in mehreren Städten mit örtlichen Kriminalitätsschwerpunkten erprobt. Duisburg, Wuppertal, Essen, Jülich und Remscheid haben bereits „Staatsanwälte vor Ort“. Auch bei der Verfolgung

von Jugendkriminalität habe man in NRW bereits gute Erfahrungen mit örtlicher Zuständigkeit gemacht, sagt Dagmar Hanes.

In Wuppertal etwa ist eine Staatsanwältin für das Umfeld des Berliner Platzes und der Rosenau im Stadtteil Barmen zuständig. Sie hat die Aufgabe, nahezu die gesamte dort anfallende Kriminalität zu bearbeiten. Ausgenommen sind lediglich Delikte wie häusliche Gewalt, politische Strafsachen, Jugendschutz und Sexualstraftaten. Der Fokus liegt auf Straßenkriminalität, die auch in der

Düsseldorfer Altstadt das Sicherheitsgefühl vieler Anwohner und Besucher beeinträchtigt.

Was hier eine Hürde bleibt: Viele Altstadt-Besucher kommen nicht aus Düsseldorf, sondern aus umliegenden Städten. Doch die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft richtet sich im ersten Zug weiterhin nach dem Wohnort der Tatverdächtigen. Kommen sie zum Beispiel aus dem Sauerland oder aus dem Ruhrgebiet, ermitteln in der Regel auch die dortigen Staatsanwaltschaften. Die Landesregierung soll das Kon-

INFO

Altstadt als Schwerpunkt für Straftaten

Kriminalität Die Zahl der Straftaten ist 2022 im Vergleich zu den beiden Vorjahren stark angestiegen. Rund 5000 Delikte zählte die Polizei allein in der Altstadt (2021: 3000), fast 11.000 in Stadtmitteln mit Hauptbahnhof und Worringer Platz (2021: 7200). Der Anstieg ist auf das Ende der Corona-Pandemie zurückzuführen, in der die Kriminalität in Düsseldorf einen historischen Tiefstand erreicht hatte.

Projekt Das Projekt „Sicherheit in der Innenstadt“, kurz SIDI, bündelt alle Maßnahmen, dazu gehören unter anderem die Waffenverbotszone, die gemeinsame Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsdienst, bessere Beleuchtung am Rheinufer und Streetwork. Die Projektleitung hat Harald Wilke, leitender Polizeidirektor außer Dienst und früherer Leiter der Polizeiinspektion Mitte.

Grünes Licht für den Verkehrsversuch auf der Luegallee

Die rechte Fahrspur fällt für Autos weg und wird für Radler freigegeben. Trotz zuletzt einigen Widerstands in den eigenen Reihen stimmte auch die CDU dafür.

VON ALEXANDER ESCH

DÜSSELDORF Auf der Luegallee werden Autofahrer in Kürze nur noch eine Spur pro Richtung vorfinden. Im Verkehrsausschuss ist am Mittwochabend mit großer Mehrheit ein Test beschlossen worden, wobei eine Fahrbahn in einen Radfahrstreifen umgewandelt wird. Zudem liegt die erlaubte Höchstgeschwindigkeit dann bei Tempo 30. Voraussetzungen im Juni soll der auf sechs Monate angelegte Versuch starten. Die Erfahrungen der Öffentlichkeit sollen zum Beispiel mit Hilfe von Fragebögen erhoben, auch Verkehrszählungen in den Bewertungsprozess einfließen.

Die Stadt will für mehr Aufenthaltsqualität sorgen und Konflikte

vor allem von Radlern und Fußgängern auf dem Bürgersteig entschärfen. Verkehrszahlen zeigten, dass eine Spur für den motorisierten Individualverkehr ausreichend sei. Gleichzeitig werde die Achse stark von Radlern genutzt, die Straße soll später Teil der Radleitrouten Ost/West werden. Tempo 30 soll weniger Lärmbelastung der Anwohner zur Folge haben.

Die CDU stimmte geschlossen für den Versuch. So einig hatte die Partei sich zuletzt nicht immer gezeigt. In der Bezirksvertretung hatte der CDU-Ratsherr und ansässige Gastronom Giuseppe Saitta gegen den Versuch gestimmt. Deutliche Kritik hatte beim Kreisparteitag die Landtagsabgeordnete Angela Erwin geübt. Historisch interessant ist das,

da ihr Vater 1999 als Oberbürgermeister den Radweg auf der Straße entfernt hatte. Zuvor hatte es Proteste etwa von CDU und FDP gegen das damalige Projekt von Rot-Grün gegeben, unter anderem angeführt von Rolf Tups, der nun als Fraktionschef für den Versuch stimmte. „Die Voraussetzungen haben sich geändert“, sagte er erneut. Die Luegallee sei damals stärker von Autos genutzt worden. Tups verwies darauf, dass die Flughafenbrücke noch gar nicht gebaut war und inzwischen der Radverkehr deutlich zugenommen hat.

Keine Mehrheit gab es für einen Ergänzungsantrag von der SPD, während des Tests auch Tempo 30 auf Düsseldorf Straße und Belsenstraße einzuführen. Zur Begründung sagte Tobias Kühbacher (SPD), dass ansonsten viele Autofahrer dorthin ausweichen, was die Anwohner gegen den Versuch aufbringen könnte. Verkehrsdezernent Jochen Kral gab zu bedenken, dass erhoben werden müsse, ob Tempo 30 an diesen Stellen überhaupt zulässig wäre. Das würde zu deutlichen Verzögerungen führen. Die CDU führte aus, die Ergebnisse des Versuchs auf der Luegallee zunächst abwarten zu wollen.

Kritik kam von der FDP, die sich enthielt. Daten müssten mühsam und könnten nicht automatisiert digital erhoben werden, was eine bessere Entscheidungsgrundlage bieten würde.

Polizist soll Kolleginnen belästigt haben

DÜSSELDORF (nic) Ein Polizist soll bei einer Karnevalsparty des Düsseldorfer Polizeipräsidiums mehrere Beamtinnen belästigt haben. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf bestätigte am Mittwoch, dass sie nach einer anonymen Anzeige in dieser Sache ermittelt. Über den aktuellen Stand der Ermittlungen und mögliche weitere Schritte konnte ein Sprecher nichts Näheres sagen. Nach den Informationen unserer Redaktion ist der konkrete Vorwurf, der Polizist habe bei der Feier mehrere Frauen an Po oder Busen gegen ihren Willen angefasst. Ein weiterer Vorwurf: Ein Vorgesetzter des Mannes soll über die Vorwürfe informiert worden sein, aber in der Sache nichts unternommen haben. Die polizeilichen Ermittlungen des Präsidiums Duisburg übernommen – es ist in solchen Fällen üblich, dass nicht die betroffene Behörde selbst ermittelt.



Das Polizeipräsidium Düsseldorf in der Haroldstraße.

Stadt geht gegen Leerstand von Wohnungen vor

Zudem kann die Stadt nun besser gegen irreguläre Vermietungen bei Airbnb und Co vorgehen.

VON ALEXANDER ESCH

DÜSSELDORF Die Stadt hat nicht den Vorgaben entsprechende leer stehende oder nur kurzzeitig vermietete Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuführen können. Grundlage für dieses Vorgehen ist die seit 2019 geltende Wohnraumschutzsatzung. Sie besagt zum Beispiel, dass Wohnraum nicht länger als sechs Monate leer stehen darf. Kurzzeitvermietungen über 90 Tage pro Jahr hinaus können ebenfalls eine Zweckentfremdung darstellen.

Zu Kurzzeitvermietungen stellte die Stadt jetzt im Wohnungsausschuss vor, dass im Vorjahr in 148 Fällen Kurzzeitvermietungen durch Anzeigen von Bürgern oder eigene Ermittlungen aufgefallen seien. Zum Teil schon aus den Vorjahren stammende Ordnungsverfahren wurden fortgeführt oder eingeleitet. Insgesamt gab es 165 Anhörungen. Zwangsgelder festgesetzt hat die Stadt in Gesamthöhe von 10.400 Euro. Unterm Strich konnten 18 nur kurzzeitig vermietete Wohnungen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt werden.

Besser fällt die Bilanz bei leer stehenden Wohnungen aus. Hier waren es 54 rückgewandelte Wohnungen. In sieben Fällen wurden Zwangsgelder in Höhe von insgesamt 17.500 Euro festgesetzt. Mehr als 350 Anhörungen gab es. Über Anzeigen und eigene Recherchen wurden 367 Leerstände bekannt.

Im bereits laufenden Jahr greift eine Neuerung, die die Verfolgung nicht regulärer Kurzzeitvermietungen einfacher macht. Diese Vermietungen über kurze Zeiträume müssen mindestens angezeigt oder sogar genehmigt werden, eine ID-Nummer ist verpflichtend (knapp 1000 waren Ende letzten Jahres vergeben). Die Stadt teilt nun mit, dass bei einer ersten Sichtung auf Plattformen wie Airbnb und Booking.com einige Angebote nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang standen. In Belegungskalendern seien Buchungen über die genehmigungsfreien Tage hinaus festzustellen gewesen. Zudem seien 331 Angebote ohne ID-Nummer ermittelt worden. Die Stadt droht mit Ordnungsverfahren, falls die Missstände nicht abgestellt werden.

Zur Bilanz des Vorjahres gab es aus der Politik auch kritische Stimmen. Im Fachausschuss sagte Sebastian Rehne (FDP): „Diese Statistik zeigt einmal mehr, dass die Schutzsatzung kein Instrument ist, um eine signifikante Veränderung am Markt herbei zu führen.“ Hier werde die Not verwaltet. Effektiver wäre es, mehr Wohnraum zu schaffen. Dagegen hielten Angelika Penack-Bielor (CDU) und Harald Schwenk (Grüne). „Wir fangen erst an und haben noch enormes Potenzial“, sagte Schwenk. Penack-Bielor betonte, dass man so schnell gar nicht bauen könne, wie jetzt Wohnungen aktiviert worden seien.



Die Visualisierung zeigt, wie bald der Verkehr auf der Luegallee geführt werden soll: ein Radstreifen neben einer Spur für Autos. SIMULATION: PROJEKTSCHIEDE MBH